

Protokolleintrag vom 09.01.2013

2013/9

Interpellation der AL-Fraktion vom 09.01.2013:

Stadtentwicklung im Rahmen der Teilrevision BZO, planerische Zusammenarbeit über die politischen Grenzen der Stadt hinaus

Von der AL-Fraktion ist am 9. Januar 2013 folgende Interpellation eingereicht worden:

Seit rund 90 Jahren besteht – oder anders betrachtet: stagniert – das politische Zürich in seiner heutigen Ausdehnung. Davon unbeirrt sind die weiteren umgebenden Gemeinden längst verwachsen mit der Stadt, die Ausdehnung nicht der politischen, aber der faktischen Stadt geht auch heute weiter. So findet sich die Stadt Zürich in der Situation, dass sie in eigener Kompetenz wohl ihr Gebiet planen kann und dies mit der Teilrevision der BZO aktuell auch detailliert tut, eine sinnvolle Planung aber stark von der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden abhängt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welches Gebiet bezieht der Stadtrat mit ein, wenn er über die Entwicklung der Stadt Zürich reflektiert?
2. Wie läuft die planerische Zusammenarbeit über die politischen Grenzen hinaus heute (Gremien, Möglichkeiten, wer agiert proaktiv, Themen, etc.)? Wie beurteilt der Stadtrat diese sowohl im Nutzen für die Stadt als auch in ihrem Nutzen für die Anliegen des Grossraums der faktischen Stadt?
3. Welche Rolle nimmt der Kanton Zürich heute ein in der Planung der faktischen Stadt und wie beurteilt der Stadtrat diese?
4. Diskutiert der Stadtrat in der Ausarbeitung der aktuellen BZO-Teilrevision auch mit anderen Gemeinden? Ist geplant, diese zur Vernehmlassung einzuladen? Wenn ja, welche?
5. Welche Bedürfnisse oder Projekte der Stadt und welche regional relevanten Bauten sieht der Stadtrat als geeignet, um in Kooperation mit dem Grossraum Zürich zu diskutieren und zu planen, welche als zwingend? (Beispiele: Stadien, Kongresszentren, Messehallen, Hochschulen)
6. In wie weit sind neue demokratische Prozesse bereits in Diskussion oder zumindest für den Stadtrat denkbar, welche die Bevölkerung von politischer Stadt Zürich und der damit verwachsenen Agglomeration, die heute eigentlich eine Stadt bilden, gleichermassen an den Entscheiden über die Raumplanung und –entwicklung beteiligen? Die Frage bezieht sich nicht primär auf die heutigen Strukturen von Gemeinden und Kanton, sondern auf die Reflektion darüber, ob diese noch zeitgemäss sind und wieweit neue demokratische Prozesse gedacht werden (also nicht Fusionen sondern z. B. neue Planungsregionen).
7. Wie werden Planungen in den ehemaligen Industriezonen ausserhalb der politischen Stadt Zürich gehandhabt, findet eine Kooperation zwischen verschiedenen Gemeinden statt? Zu denken ist an Gemeinden und Städte wie Schlieren, Kloten, Dietikon, Dübendorf etc.
8. In der Entwicklung des Glattals hat die Glattalbahn und damit auch die Stadt Zürich als Partnerin (und nicht zuletzt als Grundeigentümerin) wichtigen Einfluss gehabt und entsprechend Erfahrungen gemacht. Welche Lerneffekte, positive wie negative, zieht der Stadtrat daraus für die Entwicklung von Limmattal und Limmattalbahn? Welche Entscheide sind in dieser Entwicklung bereits in Stein gemeisselt und wo bestehen noch Einflussmöglichkeiten?
9. Durch die Schliessung des Güterbahnhofs stellt sich die Frage der Infrastruktur für die Erschliessung der Stadt Zürich mit Gütern in Zukunft. Wie denkt sich diese der Stadtrat, insbesondere auch aus der Perspektive möglichst wenig Strassenverkehr zu generieren und dem Grossraum Zürich gerecht zu werden?
10. Eine konkrete Entwicklung ist die geplante Verlegung der Planzer AG von Altstetten nach Dietikon. Bisher wurden in Altstetten die Güter von der Bahn auf die Strasse verlagert und ab da stadintern feinverteilt. In Zukunft werden mit Dietikon die Wege auf der Strasse länger – was schwer vereinbar ist mit einer ökologischen Stadt. Wie stellt sich der Stadtrat zu diesem Vorhaben? Ist er in dieser Angelegenheit bereits aktiv geworden gegenüber den Privaten und der Stadt Dietikon (ohne deren Zustimmung das Projekt der Planzer AG nicht verwirklicht werden kann)?

Mitteilung an den Stadtrat